

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Oskar Lipp

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Abg. Tim Pargent

Abg. Felix Locke

Abg. Katja Weitzel

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung eines möglichen Fehlverhaltens von Mitgliedern der Staatsregierung und des Landtags im Zusammenhang mit dem von der Weimer Media Group ausgerichteten Ludwig-Erhard-Gipfel, insbesondere bezüglich der Teilnahme an durch die Weimer Media Group verkauften Treffen mit Spitzenpolitikern, eines möglichen Fehlverhaltens der Weimer Media Group im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel, sowie eines möglichen Fehlverhaltens von bayerischen Behörden und bayerischen Staatsunternehmen, insbesondere der finanziellen Förderung des Ludwig-Erhard-Gipfels und einer möglichen intransparenten Einflussnahme durch die von der Weimer Media Group verkauften Treffen auf Gesetzgebungsverfahren und Verwaltungsführung in Bayern sowie auf das Verhalten des Freistaates bei Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat (Drs. 19/9147)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Oskar Lipp für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

**Oskar Lipp (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Das war jetzt ein sehr langer Titel. Zum Glück habe ich den Titel nicht vorlesen müssen, sonst hätte ich wahrscheinlich eine Minute Redezeit weniger gehabt.

Was fordern wir mit unserem Antrag? – Wir fordern die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Wir wollen hier keine Alibi-Prüfung hinter verschlossenen Türen,

sondern wollen öffentliche Aufklärung erreichen, und zwar über alle öffentlichen Gelder, die seit dem Jahr 2014 an die Weimer Group und an ihre Gipfel-Veranstaltung geflossen sind. Wir fordern Aufklärung über die Einbindung von Ministern, Staatssekretären und Behörden, über privilegierte Zugänge durch Sponsoring-Pakete, über mögliche Einflussnahme auf Gesetzgebung, Förderungen und Bundesratsverhalten, und wir fordern Aufklärung darüber, ob das Haushaltsrecht, das Vergaberecht oder strafrechtliche Vorschriften verletzt worden sind.

Warum hat die Staatsregierung erst nach unseren zahlreichen Anfragen seit Anfang 2024 und nach zahlreichen Medienberichten eine interne Complianceprüfung eingeleitet? Und warum hält die Staatsregierung diese Ergebnisse nach wie vor unter Verschluss? Welche Verantwortung tragen die zahlreichen Minister und Ministerpräsident Markus Söder?

Meine Damen und Herren, das sind alles berechnete Fragen; denn dieser Gipfel war kein harmloses Gesprächsforum und auch kein bayerisches Davos, wie Markus Söder es nannte. Vielmehr wurde der Gipfel zum privatwirtschaftlichen Kontaktgeschäft: 60.000 bis 80.000 Euro für exklusive Gespräche und direkten Zugang zu Spitzenpolitikern. In der Broschüre für den Gipfel wurde ausdrücklich dafür geworben, man könne – Zitat – "Einfluss auf politische Entscheidungsträger" nehmen. So lauteten die Medienberichte, meine Damen und Herren. Das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Wer zahlt, der kommt rein. Wer nicht zahlt, meine Damen und Herren, die normalen Bürger, unser Mittelstand, das Rückgrat unserer bayerischen Wirtschaft, und die Opposition bleiben draußen.

(Beifall bei der AfD)

Die Bayerische Staatsregierung hat hier nicht zugeschaut, sondern sie hat aktiv mitgemacht. Markus Söder war mit Eröffnungsreden Schirmherr. Ich glaube, heute gerade ist er jetzt nicht am Tegernsee, weil er ja gesagt hat, er verzichte auf die Schirmherrschaft.

Auch Fabian Mehring ist nicht da; vielleicht ist er jetzt gerade am Tegernsee.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ich glaube nicht, nein!)

Ich weiß nicht, ob er darauf verzichtet. Auf alle Fälle sind 100.000 Euro an Steuergeld geflossen, 455.000 Euro allein von Bayern Innovativ, 165.000 Euro vom Digitalministerium allein im Jahr 2025, das heißt: bis zu 700.000 Euro für ein privates Geschäftsmodell mit hohen Ticketpreisen. Gab es Gegenleistungen? – Das sind Fragen, die öffentlich geklärt werden müssen.

Söders plötzlicher Rückzug – die Schirmherrschaft ist ja ausgesetzt worden, wie ich es gerade gesagt habe, die Teilnahme wurde auch abgesagt, der Staatsempfang ist auch gestrichen –, meine Damen und Herren, all das ist doch ein klares Eingeständnis, dass hier etwas faul sein könnte.

Wenn aber alles, wie beteuert wird, sauber war, warum dann nur die geheime Complianceprüfung? Und warum wird diese nicht veröffentlicht? Das öffentliche Interesse wiegt hier schwerer als angebliche Betriebsgeheimnisse eines mit Steuergeld geförderten Unternehmens.

Die Anteile an der Weimer Media Group wurden durch Herrn Weimer erst nach öffentlichem Druck an einen Treuhänder übertragen. Landtagspräsidentin Ilse Aigner wollte trotz aller Vorwürfe noch vor Kurzem Frau Goetz-Weimer mit dem Bayerischen Verfassungsorden ehren. Sie hat dann aber doch davon abgesehen.

Fabian Mehring hat ausgerechnet auf diesem Gipfel die Bayern-Allianz gegen Desinformation präsentiert. Meine Damen und Herren, wer Transparenz predigt, sollte zuerst vor der eigenen Haustür kehren.

Wie bereits erwähnt: Wir von der AfD haben diesen Skandal seit 2024 mit Dutzenden Anfragen aufgedeckt. Die SPD oder die GRÜNEN sind erst später auf diesen Zug aufgesprungen. Aufgrund unserer parlamentarischen Arbeit haben die "Süddeutsche

Zeitung", "Münchner Merkur", "NIUS", "Apollo News" und zahlreiche andere Medien diesbezüglich berichtet.

Meine Damen und Herren, seien wir doch einmal ehrlich: Die Bürger da draußen, der Steuerzahler bezahlt, eine Clique verkauft exklusiven Zugang zur Macht, und die Verantwortlichen mauern hinter Betriebsgeheimnissen. Das ist doch der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der AfD)

Wir fordern lückenlose Aufklärung für unsere Steuerzahler, für die Integrität des Landtags und für das Vertrauen in den Staat und in unsere Demokratie. Legen Sie die Akten offen, veröffentlichen Sie die Prüfung. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Björn Jungbauer für die CSU-Fraktion vor. Bitte schön.

**Björn Jungbauer (CSU):** Herr Lipp, herzlichen Dank für Ihre flammenden Worte. Ich erspare es uns jetzt, Ihren Antragstext vorzutragen. Dann wäre die Minute um. Spaß beiseite.

Wir konnten lesen, dass es im Bundestag AfD-Kollegen gab, die im Kontext ihrer Abgeordnetentätigkeit YouTube-Videos monetarisiert haben, um damit Geld zu verdienen.

Die Frage dazu: Sie haben gerade gesagt, wer Transparenz predigt, sollte auch entsprechend aufklären. Deswegen frage ich Sie:

Erstens. Gibt es solche Fälle bei Ihnen in der Landtagsfraktion?

Zweitens. Wenn der Bürger bezahlt und ein Abgeordneter dann mit Steuergeld Tätigkeiten durchführt, die er dann monetarisiert: Was würden Sie tun, wenn es bei Ihnen in der Fraktion so wäre? Können Sie uns dazu bitte ein klares Statement geben?

**Oskar Lipp (AfD):** Sehr geehrter Kollege, erst einmal vielen Dank für Ihre Frage. Es waren, glaube ich, zwei Fragen.

In Bayern ist mir diesbezüglich nichts bekannt. Wenn es so wäre, dann würde ich natürlich für Offenheit und Transparenz stehen. Das sage ich ganz klipp und klar.

Sie haben jetzt aber leider keine Frage hinsichtlich des heute zu beratenden Antrags gestellt. Da muss ich dann vielleicht noch mit meinem Kollegen Nachredner diskutieren. Ich würde aber einmal sagen, man sollte nicht vom eigenen Thema ablenken. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Kollege Dr. Alexander Dietrich für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

**Dr. Alexander Dietrich (CSU):** Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest: Die Staatsregierung hat hier umfassend für Transparenz gesorgt.

Wir haben uns im Verfassungsausschuss intensiv mit dem Antrag befasst. Es sind mehrere parlamentarische Anfragen gestellt worden, die alle umfassend beantwortet wurden. Ich stelle auch fest, dass es darüber hinaus eigentlich nichts mehr aufzuklären gibt.

Deshalb muss ich auch feststellen: Dieser Antrag der AfD auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist eigentlich wieder einmal typisch für das, was wir von der AfD erleben. Es geht hier eben gerade nicht um Aufklärung, es geht gerade nicht um die Sache, sondern es geht nur um politische Aufmerksamkeit.

Es stehen schwere Vorwürfe im Raum, die hier mehr oder weniger ins Blaue hinein zwischen den Zeilen dieses Antrags zu lesen sind: käufliche Einflussnahme, korrumpierte Gesetzgebung. Das steckt doch alles hinter dem, was Sie hier vorwerfen. Das ist doch typisch AfD: viel Skandal, viel Drama, aber letztlich keine Substanz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wenn man diese Vorwürfe nun mit den Fakten konfrontiert, bleibt doch von diesem Skandalgemälde, das Sie hier zeichnen wollen, nichts übrig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was aber bleibt, ist das Bild einer AfD, die lieber Theater spielt als Politik macht.

Lassen Sie mich die Fakten klar benennen: Die Bayerische Staatsregierung hat den Ludwig-Erhard-Gipfel zu keinem Zeitpunkt gefördert oder bezuschusst. Das ist keine Schutzbehauptung, das ist der belegte, nachprüfbare Sachstand.

Was hat tatsächlich stattgefunden? – Bayern Innovativ, die LfA Förderbank Bayern und das Digitalministerium haben – vergleichbar mit Messeauftritten oder anderen Fachveranstaltungen – Kooperationsverträge geschlossen. Da gab es konkrete Leistungen gegen Entgelt, ein eigenes Panel, Standpräsenz, Sichtbarkeit für die bayerische Wirtschafts- und Digitalpolitik. Das sind Dienstleistungsverträge. Das ist kein Sponsoring, das sind keine Fördermittel und auch keine Zuschüsse.

Ja, die Staatsregierung hat in den Jahren 2022 bis 2025 einen Staatsempfang ausgerichtet, weil der Ludwig-Ehrhard-Gipfel ein landesweit bedeutsamer Anlass ist. Das ist nicht verdächtig. Das ist verantwortliches und verantwortungsvolles Regierungshandeln.

Die Staatsregierung hat darüber hinaus – auch das wurde bereits angesprochen – zur Bewertung der medial thematisierten Vorwürfe eine umfassende Complianceprü-

fung in der Staatskanzlei durchgeführt. Ergebnis ist: Es liegt kein Fehlverhalten, kein Rechtsverstoß vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, ich sage Ihnen offen, was ich deshalb von diesem Antrag halte: Sie haben dieses Thema nicht verfolgt, weil Sie nach Fehlverhalten suchen. Sie haben es gefunden, weil es sich für Schlagzeilen eignet, weil man mit Begriffen wie "Elitegipfel", "verkaufte Zugänge" und "heimliche Einflussnahme" Bilder produzieren kann. Auch das ist bei Ihnen typisch

Dann kam Anfrage auf Anfrage, eine Schriftliche Anfrage 2024, die nächste dann 2025. Die Staatsregierung hat jedes Mal geantwortet – vollständig, transparent und nachprüfbar. Ergebnis? – Nichts, aber auch gar nichts, was man der Staatsregierung vorwerfen könnte. Es wurde vollständige Transparenz hergestellt.

Was machen Sie daraus? – Einen Untersuchungsausschuss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine parlamentarische Kontrolle, das ist parlamentarische Kulisse.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Untersuchungsausschuss ist kein Spielzeug. Er ist eines der schärfsten Kontrollinstrumente dieses Landtags, wenn nicht sogar das schärfste. Ein Untersuchungsausschuss bindet Ressourcen in der Verwaltung, in der Staatsregierung, im Parlament. Ein solches Instrument verdient Respekt, den es hier nicht bekommen hat.

Denn wenn man einen Untersuchungsausschuss beantragt, dann muss man sich schon die Mühe machen, ein bisschen mehr zu recherchieren: ob es einen begründeten Verdacht gibt, ob Fragen offen sind, die nur durch einen solchen Ausschuss geklärt werden können. – Das war Ihnen erkenntlich nicht der Mühe wert. Sie haben nichts Neues.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das Instrument eines Untersuchungsausschusses einsetzen will, ohne dass ein begründeter Verdacht vorliegt, der missbraucht es,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

der instrumentalisiert die parlamentarische Kontrolle für die eigene Öffentlichkeitsarbeit.

Wie bereits ausgeführt, haben wir uns im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration mit dem Antrag befasst und ihn in den demokratischen Fraktionen mit den Stimmen von CSU, FREIEN WÄHLERN, GRÜNEN und SPD übereinstimmend klar bewertet: Dieser Antrag ist unbegründet, er ist abzulehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ludwig-Erhard-Gipfel trägt den Namen eines Mannes, der wie kein anderer für Freiheit, Leistung und Verantwortung steht. Aber es ist beinahe symptomatisch: Die AfD schreibt seinen Namen in diesen Antrag und liefert genau das Gegenteil seiner Werte: keine Sachlichkeit, keine Substanz, keine Lösungen, sondern nur politischen Lärm.

(Beifall bei der CSU)

Wir lehnen diesen Antrag ab – nicht weil wir Kontrolle scheuen, sondern weil wir wissen, was parlamentarische Kontrolle bedeutet, und auch wissen, was sie nicht ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Oskar Lipp, AfD-Fraktion, vor. Bitte schön.

**Oskar Lipp (AfD):** Geschätzter Kollege, wie bereits angekündigt, einige kurze Fragen: Erstens haben die Bilder nicht wir, sondern die Medien bzw. zuvor Sie gemacht – nicht Sie persönlich, sondern die Personen, die dort teilgenommen bzw. alles produziert haben.

Zum Thema Compliance: Warum macht man die Sache nicht öffentlich, wenn man nichts zu verbergen hat?

Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, der Freistaat Bayern habe nichts bezuschusst. Das hätte ich gerne konkretisiert. Nach meiner Kenntnis ist Bayern Innovativ eine 100-prozentige landeseigene Gesellschaft. Also handelt es sich durch das Dazwischenschalten einer GmbH oder Gesellschaft de facto um Geld des Freistaats.

Sie könnten selbst einen Untersuchungsausschuss beantragen; dann könnten Sie alle Anschuldigungen ausräumen, die laut Medien bestehen. Das könnten Sie jederzeit machen, ist aber anscheinend nicht gewünscht.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, die Minute ist um.

**Oskar Lipp (AfD):** Wie stehen Sie, was den Untersuchungsausschuss betrifft, zum Thema Verfassungsänderung in Rheinland-Pfalz? Haben Sie dies auch in Bayern vor?

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Dr. Alexander Dietrich (CSU):** Einen Untersuchungsausschuss würden wir nur einrichten, wenn wir Erkenntnisse erwarten, die wir bisher nicht haben. Nur dann ist der Aufwand dafür überhaupt gerechtfertigt. Das ist hier definitiv nicht der Fall.

Wenn man von Zuschüssen redet, meint man, dass Veranstaltungen direkt bezuschusst werden, jedoch nicht, dass sich staatliche Gesellschaften im Rahmen ihres Auftrags irgendwie beteiligen.

Die dritte Frage habe ich jetzt vergessen. Aber das macht nichts. Damit ist das ausreichend beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Tim Pargent (GRÜNE):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Zitat.

"Ich sage es mal so: meine Empfehlung an junge Politiker. Man muss sich entscheiden. Blaulicht oder Konto. Das muss man sich entscheiden. Entweder will man Geld verdienen oder man will in der Politik bleiben. Zwei zusammen geht nicht."

Dieses Zitat ist von Markus Söder und stammt aus dem "Focus"-Podcast "Machtmenschen". Er hat es im Zusammenhang mit Wolfram Weimer und dem Ludwig-Erhard-Gipfel geäußert. In diesem Punkt hat er tatsächlich recht.

Um welche Vorwürfe geht es? – Erstens. Der heutige Kulturstatsminister Wolfram Weimer hat einen handfesten Interessenkonflikt; denn er verdient mit seiner Weimer Media Group unter anderem am Ludwig-Erhard-Gipfel am Tegernsee, bei dem wiederum viele Kabinetts- und Parteikollegen das Programm schmücken. Erst nach intensiven Diskussionen übergab er seine Anteile an einen Treuhänder. Eine echte Auflösung des Konflikts ist das nicht.

Zweitens. Aufgrund der Formulierung auf der Homepage des Ludwig-Erhard-Gipfels ist der Eindruck entstanden, dass man sich dort unter anderem auf dem steuerfinanzierten Staatsempfang den Zugang zur Politik erkaufen könne. Ob so teure Tickets wirklich nötig sind, um mit uns Politikern in Kontakt zu kommen, sei dahingestellt. Aber dass auch nur der Anschein entstanden ist, der Zugang zur Politik sei auf einem von einem Regierungsmitglied mit organisierten Gipfel gegen Geld möglich, ist für das Ansehen von Politik und für das Vertrauen der Bevölkerung verheerend.

Drittens. Der Gipfel und dessen privatwirtschaftliche Organisation wurden über Jahre auf unterschiedlichen Wegen mit etwa 700.000 Euro bayerischem Steuergeld massiv unterstützt. Das Wirtschafts- und das Digitalministerium wollten vorne dabei sein, was wiederum neue Interessenkonflikte hervorgerufen hat. Der ordoliberalen Ludwig Erhard

muss sich bei dieser Verquickung von Steuergeld und privaten Wirtschaftsinteressen der Weimer Media Group wohl im Grabe umdrehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesen Vorwürfen hat die Staatsregierung eine Complianceprüfung durchgeführt. Leider hat man von Anfang an den Eindruck, dass erst mal etwas Gras über die Sache wachsen soll. Die Staatsregierung hat diese Prüfung leider nie veröffentlicht. Es stellt sich ohnehin die Frage, was so eine Prüfung der Staatsregierung wert ist, wenn sich nur ein Teil der Staatsregierung dafür interessiert. Markus Söder kündigte daraufhin seine Teilnahme und finanzielle Zuwendungen auf, andere Kabinettskollegen folgten ihm. Hubert Aiwanger hingegen interessiert sich nicht dafür. Er lässt lieber den heutigen Plenartag sausen und hält fröhlich die Keynote. Die Distanzierung dieser Regierung ist damit absolut unglaubwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn der Ludwig-Erhard-Gipfel einen glaubwürdigen Neustart haben soll, braucht es aus unserer Sicht Folgendes: erstens eine vollständige Trennung von Kulturstaatsminister Weimer und der Weimer Media Group, zweitens darf unter keinen Umständen auch nur der Anschein entstehen, dass man sich den Zugang zur Politik erkaufen könne, und drittens, auch deshalb kein Steuergeld für den privatwirtschaftlich organisierten und gewinnorientierten Gipfel, um jegliche Interessenkonflikte der Staatsregierung wiederum aufzulösen.

Zu all diesen Fragen und Vorwürfen gibt es in Bayern eine Aufklärung in Form von Anfragen, die ganz ordentlich beantwortet wurden, öffentlicher Diskussion, von seriöser bzw. nicht seriöser Berichterstattung und vielem mehr.

Was es aber für die Aufklärung sicher nicht braucht, ist diese Effekthascherei von rechts außen und Ihren rechtsextremen Vorfeldorganisationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie schreien schon bei allem nach einem Untersuchungsausschuss, was bei drei nicht auf den Bäumen ist. Ihre pseudoaufklärerische Rhetorik steht in krassem Missverhältnis zu Ihrer Performance in den Untersuchungsausschüssen der letzten Legislatur. Ich selbst war Mitglied im umfangreichsten Untersuchungsausschuss, dem Untersuchungsausschuss zur Maskenaffäre. Man musste sich für Ihren Kollegen schon oft fremdschämen, bei dem man sich nur fragen konnte: Hat der Mann mal ein Dokument selbst gelesen, geschweige denn verstanden? Das war dann plötzlich eine ganz, ganz schwache Aufklärung vonseiten Ihrer Fraktion der AfD. Daher brauchen wir dafür Ihren Antrag, überhaupt die ganze AfD sicher nicht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächster Redner ist der Kollege Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

**Felix Locke (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Pargent, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie bei diesem Antrag sachlich bleiben. Ihr kleiner Rundumschlag auch gegen Minister Aiwanger und die restlichen Mitglieder der Staatsregierung passt nicht zu dem Bild, das wir hier zeigen wollen. Wir sollten in der Situation als Demokraten zusammenhalten und nicht über das Stöckchen der AfD springen. Schade, dass Sie da die Sachen miteinander vermischen.

Kollege Dietrich hat meiner Meinung nach eigentlich zur Sache bereits vollumfänglich berichtet. Ich finde es sehr spannend, dass ein Antrag für einen Untersuchungsausschuss so ein scharfes Schwert der Opposition ist. Das ist gutes Recht. Aber man sollte sich, wenn man so einen Antrag stellt, genug Zeit nehmen, darüber zu reden und einen Antrag zu verteidigen. Aber das ist im Verfassungsausschuss komischerweise nicht passiert. Dort wurde das Thema nur ganz kurz vorgetragen. Eine große Widerrede, auch bezüglich der Gegenrede der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU gab es eigentlich nicht. Der Antrag wurde dann so zur Kenntnis genommen. Das

wirft bei mir dann schon die Frage auf, ob es der AfD wirklich darum geht, den Untersuchungsausschuss ins Leben zu rufen, weil Sie in der Sache daran interessiert sind, dass Themen aufgeklärt werden, oder ob man nur wieder einmal schöne Schlagzeilen kreieren möchte, damit man sich als die vermeintlichen Hüter der Demokratie darstellen kann, die gegen das Establishment der Parteien, die hier staatstragende Verantwortung haben, schießen.

All die Fragen, die sich aus dem Antrag mit dem sehr langen Drucksachennamen ergeben und auch aus den weiteren Themen herauszulesen sind, sind meiner Meinung nach durch die Staatsregierung vollumfänglich in sehr großer Transparenz beantwortet worden. Für das Protokoll gebe ich zur Kenntnis, dass mit Drucksachen 19/2635, 19/6736, 19/7577, 19/9192 und 19/8609 viele dieser Anfragen, die auch in dieser Unterlage zur Abstimmung stehen, beantwortet werden können.

Ich denke, es hat sich niemand von der AfD die große Mühe gemacht, diese Unterlagen zu lesen, weil es Ihnen eben nicht um eine transparente Aufklärung geht, sondern nur einmal wieder um das Kreieren von Content für Ihre Verschwörungsblase, um gegen unsere Demokratie zu hetzen. Deswegen auch von meiner Fraktion eine klare Ablehnung dieses Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Oskar Lipp, AfD-Fraktion, vor. Bitte schön.

**Oskar Lipp (AfD):** Geschätzter Kollege Herr Locke, Sie haben gesagt, wenn ich das richtig verstanden habe, dass im beratenden Ausschuss von der AfD kaum Wortmeldungen kamen. Das stimmt so nicht, wenn zumindest das Protokoll richtig ist, das man als Parlamentarier, auch wenn man dem Ausschuss nicht angehört, nachlesen kann. So habe ich gesehen, dass die AfD bei fünf Seiten Protokoll doch tatsächlich über zweieinhalb Seiten vorgetragen hat. Von der CSU kam kein einziges Wort, von Ihnen selbst, soweit Sie sich noch erinnern können, eine halbe Seite. Die Ausführungen von

SPD und GRÜNEN sind in etwa auch eine halbe Seite lang. Da frage ich mich schon: Verweigern Sie sich der Arbeit im Ausschuss?

Noch eine Frage. Der Ministerpräsident selbst ist heute nicht bei der Eröffnung des Ludwig-Erhard-Gipfels, aber der stellvertretende Ministerpräsident, der Ihrer Fraktion, den FREIEN WÄHLERN, angehört. Wie bewerten Sie das? Es kommt auch Kritik aus der Opposition. Wenn man sich den BR-Artikel durchliest: ohne Söder, aber mit Aiwanger.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

**Oskar Lipp (AfD):** Wie bewerten Sie das, nachdem sich der Freistaat Bayern zurückgezogen hat?

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte schön.

**Felix Locke (FREIE WÄHLER):** Ich denke, Sie vermitteln allein schon angesichts des vollumfänglichen Titels und der Fragestellungen nicht gerade einen Qualitätsanspruch, indem man vier Seiten Protokoll füllt, wenn man nur den Antragstext inklusive der Fragen liest. Das ist für mich keine parlamentarische Arbeit, die dann auch ein qualitativ hochwertiges Verteidigen eines Antrags mit sich bringt.

Zu Ihrer zweiten Frage. Der Wirtschaftsminister sollte da sein, wo Wirtschaftsvertreter sind. Unabhängig davon beurteile ich weder den Terminkalender noch die Themen bzw. Termine von Herrn Aiwanger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Nächste Rednerin ist Kollegin Katja Weitzel für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Katja Weitzel (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Ludwig-Erhard-Gipfel hat heute begonnen, aber diesmal eben ohne nen-

nenswerte Politprominenz. Die öffentliche Debatte um die Frage, ob man im Rahmen dieses Gipfels

(Zuruf)

– dazu komme ich gleich noch – gegen Geldzahlungen Zugang zu politischen Entscheidungsträgern bekommt, hat wohl doch abgeschreckt, zumindest die meisten, nicht alle. Ja, es drängen sich Fragen zum Verhalten der Staatsregierung auf. Ja, das Engagement Bayerns beim Ludwig-Erhard-Gipfel muss dringend aufgeklärt werden. Aber an dem Punkt, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, sind wir eben noch nicht.

Der Untersuchungsausschuss ist das schärfste Schwert, das wir im Parlament haben. Man handelt dort nach den Regeln der Strafprozessordnung. Es werden Akten beigezogen und Zeugen vernommen. Gerade erst hat der Verfassungsgerichtshof auf Antrag von SPD, GRÜNEN und FDP der Opposition recht gegeben und die Kontrollfunktion im Untersuchungsausschuss gestärkt; denn es ist das verfassungsmäßig garantierte Recht der Opposition, Akten beizuziehen. Es liegt nicht im Ermessen von CSU und FREIEN WÄHLERN, diese Anträge mit ihren Stimmenmehrheiten im Untersuchungsausschuss abzulehnen.

Gerade weil es aber so ein scharfes Schwert ist, zücken wir das nicht leichtfertig. Vorher sollten alle anderen parlamentarischen Möglichkeiten genutzt werden. Die SPD-Fraktion macht das. Wir haben Anfragen gestellt, mit deren Beantwortung wir mehr oder weniger zufrieden waren, aber entscheidend ist, dass wir einen Berichts Antrag eingereicht haben. Er wurde im Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von CSU und FREIEN WÄHLERN abgelehnt. Sie bekommen aber eine zweite Chance; denn wir werden diesen Berichts Antrag innerhalb der nächsten Wochen im Plenum diskutieren. Wir erwarten breite Zustimmung, wenn uns allen doch an der Transparenz gelegen ist, auch von den Regierungsfractionen.

Worum geht es? – Wir wollen die Complianceprüfung der Staatsregierung sehen. Sie haben über die Jahre hinweg Steuergelder investiert, Staatsempfänge ausgerichtet, und der Ministerpräsident hat die Schirmherrschaft übernommen. Jetzt plötzlich, aufgrund der Complianceprüfung, wurde das abgesetzt. Da stellt sich schon die Frage, warum der Steuerzahler den Gipfel überhaupt finanzieren musste, wenn es nach den Vorwürfen und nach einer Prüfung zu einer kompletten Kehrtwende kommt. Liebe CSU, liebe FREIE WÄHLER, wer sich von Steuerzahler:innen finanzieren lässt, kann sich hinterher beim Ruf nach Aufklärung nicht auf Geschäftsgeheimnisse berufen. So geht es nicht. Transparenz sieht definitiv anders aus. Legen Sie uns unverzüglich die Prüfung vor; so einfach ist das.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Noch eine kurze Bemerkung; jetzt komme ich genau zu unserem virtuosenswerten Wirtschaftsminister. Es ist schon erstaunlich, dass der Ministerpräsident nach der Complianceprüfung seine Teilnahme absagt, Hubert Aiwanger aber erst recht hingehht. Da stellen wir uns schon die Frage: Gibt es denn keine einheitliche Linie in der Staatsregierung? Ist das Ergebnis der Complianceprüfung nur für die CSU relevant? Oder ist der Ministerpräsident nach den Kommunalwahlen so geschwächt, dass es keine Kabinettsdisziplin mehr gibt?

Die SPD fordert volle Transparenz und volle Aufklärung, und zwar sofort. Legen Sie alle Unterlagen vor. Wir erwarten aber auch, dass bei künftigen Engagements dieser Art vorher eine Complianceprüfung stattfindet. Es darf niemals der Eindruck entstehen, dass Politik käuflich ist. In diesem Sinne lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. In letzter Sekunde kam noch die Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Oskar Lipp, AfD-Fraktion. Bitte schön.

**Katja Weitzel (SPD):** Das ging jetzt aber schnell.

**Oskar Lipp (AfD):** Frau Kollegin Weitzel, eine Nachfrage. Sie haben gesagt, für den Untersuchungsausschuss sei es noch zu früh. Sie haben auch einen Berichtsantrag gestellt, der im Ausschuss mit den Stimmen der Regierungsfaktionen abgelehnt worden ist. Der wird demnächst hochgezogen. Das kann sich ein paar Wochen erstrecken, bis er hier wahrscheinlich noch vor der Sommerpause beraten wird.

Sie könnten dem heute zuvorkommen, indem Sie unserem Antrag zustimmen. Eventuell springt der eine oder andere Kollege von der Regierungsfraktion noch über seinen Schatten; dann könnten wir heute schon erreichen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Ich denke, das wäre gut – je früher, desto besser. Ich gehe aber davon aus, dass Sie es nicht machen werden. Deswegen meine Frage: Wann werden Sie denn gemeinsam mit den GRÜNEN einen Untersuchungsausschuss beantragen? Sie haben ja die notwendige Mehrheit hier im Landtag.

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Bitte schön.

**Katja Weitzel (SPD):** Wenn es um die Schnelligkeit geht, haben wir mit dem Berichtsantrag die Chance, dass das deutlich schneller geht als die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Wie gesagt, wir werden unsere Instrumente, die wir haben, nutzen. So weit sind wir noch nicht. Wir werden abwarten, was bei der Diskussion im Plenum demnächst hier vonstattengeht.

(Beifall bei der SPD)

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen!

– CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? –  
Liegen nicht vor. Somit ist der Antrag abgelehnt.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Danke für die konstruktive Beratung, einen schönen Abend.

(Schluss: 20:48 Uhr)